

22-06-1987

STÄNDIGE KOMMISSION FÜR SPRACHENKONTROLLE

GEMEINSAME SITZUNG BEIDER SEKTIONEN

DEN 2. APRIL 1987

Anwesend : Herr FLEERACKERS, Vorsitzender

Französischer Sektion : Herr PLUNUS, stellvertr. Vorsitzender

die Herren BERTOUILLE, BUSINE und
JACOBS, Vollmitglieder

Niederländische Sektion : Herr VAN LEUVEN, stellvertr. Vorsitzender

die Herren DECLERCK, DIRIX und
VAN IMPE, Vollmitglieder

Herr BOES, Ersatzmitglied

Mitglied zur Vertretung der deutschsprachigen Region :
Herr WEHR, Vollmitglied

Sekretären : Frau VANDERMEIREN, Verwaltungsdirektorin
Herr PIESSENS, Berater.

Nr. 18.176/I/PD
MR/MTV

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle,

In Erwägung der durch der Minister B. FAGNOUL,
Mitglied der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft, am 23.
Februar 1987 eingereichten Bitte um Gutachten über folgende Punkte :

../..

- a) Was muss ein Beamter der Eupener Steuerinspektion antworten, wenn ihn ein deutschsprachiger Steuerzahler um einen Gesetzestext bittet, den es nicht in deutscher Sprache gibt ?
- b) Welche Haltung soll er einnehmen, eine solche Anfrage von einem Bürger der Bundesrepublik Deutschland stammt ?

In Erwägung der Artikel 60, § 1 und 61, §§ 1, 2 und 5 des Königlichen Erlasses vom 18. Juli 1966 zur Koordinierung der Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten;

In Anbetracht, was die erste Frage betrifft, der Tatsache, dass dieser Punkt durch das Gesetz vom 31. Mai 1961 geregelt worden ist, dessen Artikel 1 lautet :

"Die Abstimmung über Gesetze, deren Sanktionierung, Ausfertigung und Veröffentlichung erfolgen in französischer und in niederländischer Sprache";

dass daher eine deutsche Übersetzung eines Gesetzestextes nicht verlangt werden kann (vgl. hierzu das Gutachten der SKSK Nr. 607/I/P vom 20.05.1965);

In Anbetracht jedoch der Tatsache, dass das Gesetz über die Reform der Institutionen für die Deutschsprachige Gemeinschaft vom 31. Dezember 1983 eine Kommission für die offizielle deutsche Übersetzung der Gesetze, Erlasse und Verordnungen unter der Verantwortung des für die deutschsprachige Region zuständigen Bezirkskommissars eingerichtet hat;

dass laut Artikel 77 besagten Gesetzes diese Übersetzungen durch die gesetzgebenden Kammern oder durch den König, je nachdem, ratifiziert werden, um anschliessend in "Memorial des Rats der Deutschsprachigen Gemeinschaft" veröffentlicht zu werden;

In Anbetracht, darüber hinaus, dass eine gewisse Entwicklung der Dinge, so wie sie ihren Niederschlag, u.a. in verschiedenen Bestimmungen des Sondergesetzes zu institutionellen Reformen vom 8. August 1980 über den Gebrauch der deutschen Sprache beim Wallonischen Regionalrat und in der Veröffentlichung der Erlasse und Verordnung dieses Rates (Art. 53, 55, 58, 84 und 86 des Sondergesetzes) gefunden hat, berücksichtigt werden sollte;

In Anbetracht des Gutachtens, den die SKSK damals im Zusammenhang mit dem Königlichen Erlass über die Stellung eines Gebäudes unter Denkmalschutz erstellt hat, in dem sie die Meinung vertrat, "es wäre gut", wenn eine offiziöse deutsche Übersetzung dem einen deutschsprachigen Einwohner in der deutschsprachigen Region zugestellten Bescheid beigelegt würde (Gutachten der SKSK Nr. 15.115/II/PD vom 27.10.1983);

In Anbetracht der Ansicht, dass, in Ermangelung einer offiziellen Übersetzung, es angebracht wäre, dass die betreffende Verwaltung für die erforderlichen, offiziösen, Übersetzungen sorgen sollte, damit sie ihre Aufgaben hinsichtlich der Information der Steuerzahler, die deutsch sprechen, in der deutschsprachigen Region und in den Malmedyer Gemeinden umso leichter erfüllen können;

In Anbetracht, was die zweite Frage betrifft, der Bestimmungen des Artikels 128 der Verfassung, wonach "Jeder Ausländer, der sich auf dem Territorium Belgiens aufhält, des Schutzes genießt, der Personen und Gütern gewährt wird, vorbehaltlich gesetzlich auferlegter Einschränkungen";

dass die KSG keine diesbezügliche Einschränkungen vorgesehen hat, die in Belgien ansässigen Ausländer daher im Hinblick auf die Ausführung der besagten Koordinierten Gesetze über dieselben Rechte verfügen wie belgische Staatsbürger;

In Anbetracht der Tatsache, dass die SKSK, bezüglich der nicht in Belgien wohnhaften Ausländer, anlässlich verschiedentlich Gutachten die Meinung vertreten habe, dass es ratsam wäre, dass die entsprechenden Dienststellen eine der drei nationalen Sprachen gegenüber diejenigen gebrauchen sollte, die sie selber verwenden (vgl. Gutachten 133/I/P vom 26.11.1964; 4325/II/P van 10.3.1977);

Beschliesst daher einstimmig, folgende Meinung zu äussern :

Artikel 1 : Ausser, wenn eine offizielle Übersetzung durch die damit befasste Kommission erstellt und von den Gesetzgebenden Kammern verabschiedet worden ist, kann eine deutsche Übersetzung eines Gesetzestextes nicht verlangt werden.

Artikel 2 : Die Erteilung einer offiziösen, deutschen Übersetzung steht nicht im Widerspruch zu den KSG. Diese offiziöse Übersetzung soll zweckmässigerweise von der hierfür zuständige Dienststelle des entsprechenden Ministeriums erstellt werden. Der Beamte einer Dienststelle der Steuerverwaltung, die in Eupen sitzt, soll jedenfalls der Privatperson, die deutsch spricht, die geforderten Auskünfte in deutscher Sprache erteilen.

Artikel 3 : Diese Haltung, welche die Verwaltung gegenüber belgische wie auch in Belgien wohnhafte ausländische Staatsbürger einnehmen soll, sollte auch gegenüber Staatsbürger anderer Länder deutscher Sprache gelten, wie auch allgemein für alle Ausländer.

Artikel 4 : Dieses Gutachten wird der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugestellt.
Eine Abschrift wird dem Herrn Minister der Finanzen zugeleitet.

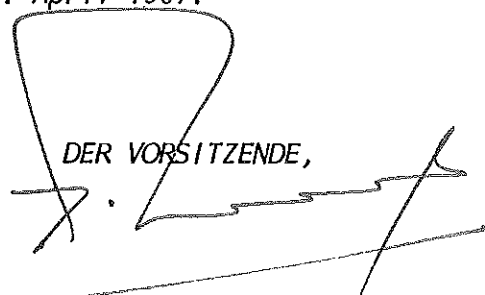
Getan zu Brüssel, den 2. April 1987.

DIE SEKRETÄRE,


S. VANDERMEIREN


R. PIESSENS

DER VORSITZENDE,


J. FLEERACKERS

